

STANDPUNKT

SCHRIFTENREIHE DES
EVANGELISCHEN BUNDES
ÖSTERREICH



- Forschung: Einblicke in die Arbeiten junger Wissenschaftler*innen

Preisträger der OÖ Philosophieolympiade:
„Ist der Mensch der Krebs der Erde?“

Forschungsergebnis aus der kirchlichen Zeitgeschichte: „Gegenwärtige Vergangenheiten“

eb⁺

EVANGELISCHER
BUND
ÖSTERREICH

HEFT 252/2023

Liebe Mitglieder und Freunde des Evangelischen Bundes in Österreich!

Eines der Anliegen des Evangelischen Bundes in Österreich ist es, die junge Forschung zu unterstützen. Einerseits durch finanzielle Förderung, dank Ihrer Hilfe, andererseits durch die Vorstellung der Arbeiten im „Standpunkt“, wie es in der vor Ihnen liegenden Ausgabe geschieht.

Zwei junge ForscherInnen stellen ihre Arbeiten vor: Wir freuen uns mit Vincent Reisner, Schüler des Stiftsgymnasiums Kremsmünster, über den Preis bei der OÖ Philosophieolympiade. Mit seinem Beitrag „Ist der Mensch der Krebs der Erde?“ hat er sich qualifiziert. Ein Forschungsergebnis aus der kirchlichen Zeitgeschichte stellt Leonhard Jungwirth mit seiner Dissertation an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Wien vor: „Gegenwärtige Vergangenheiten“.

Als aktuelle Ergänzung bringen wir in diesem „Standpunkt“ einen Beitrag zur Evaluierung der Kinderschutzrichtlinie von Projektreferentin und Kinderschutzbeauftragter der Evangelischen Jugend Österreich, Caroline Ruttner Koczan. Sie geht der Frage nach, wozu es Kinderschutzprojekte braucht und wie sie wirken.

Seitens des Evangelischen Bundes gefördert wurde eine Tagung, die in Wien im April stattfand: „evangelisches erinnern“. Der Tagungsbericht nimmt die unterschiedlichen Erinnerungsmedien in den Blick. Nachrichten aus dem In- und Ausland runden die aktuelle Ausgabe ab.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine spannende Lektüre und einen guten Start in den Herbst!

Ihre/Eure



Pfarrerin Dr.ⁱⁿ Birgit Lusche, Obfrau

Inhaltsverzeichnis

Philosophieolympiade Landeswettbewerb OÖ: Essay.....	3
<i>von Vincent Reisner</i>	
„Gegenwärtige Vergangenheiten“ – Ein Forschungsergebnis aus der kirchlichen Zeitgeschichte.....	7
<i>von Leonhard Jungwirth</i>	
Zur Evaluierung der EJÖ-Kinderschutzrichtlinie (KSR) in Zusammenarbeit mit „die möwe“.....	14
<i>von Caroline Ruttner Koczan</i>	
Gefördertes Projekt.....	19
<i>Nachrichten über den Protestantismus</i>	21

Medieninhaber und Herausgeber: Evangelischer Bund in Österreich; Redaktion: Pfarrerin Dr. Birgit Lusche; alle: 1030 Wien, Ungargasse 9, Tel. 059 1517 950. Hersteller: Evangelischer Presseverband in Österreich. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Erscheint in der Regel viermal im Jahr. Preis pro Heft € 3,-; Jahresabonnement € 7,-; für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. IBAN: AT13 3200 0000 0747 5445, BIC: RLNWATWW, Evangelischer Bund in Österreich

„Standpunkt“ bringt Aufsätze zu konfessionskundlichen Fragen und Nachrichten aus dem Protestantismus in aller Welt und der Ökumene, das Martin-Luther-Heft Ergebnisse der Lutherforschung.

Der Evangelische Bund in Österreich ist ein freier Zusammenschluss verantwortungsbewusster evangelischer Christinnen und Christen. Obfrau: Pfarrerin Dr. Birgit Lusche

Philosophieolympiade

Landeswettbewerb OÖ: Essay

von Vincent Reisner

„Massakrierte Bäume. Häuser erheben sich. Schnauzen, Fratzen überall. Der Mensch wuchert. Der Mensch ist der Krebs der Erde.“

Emil M. Cioran: Vom Nachteil, geboren zu sein.

Frankfurt/M.: Suhrkamp 1979, S. 136

Der Mensch sieht sich als die Krone der Schöpfung, als die Spitze der Zivilisation, als von Gott nach seinem Abbild erschaffen – muss er sich von diesem Selbstbild verabschieden? Ist der Mensch der Krebs der Erde? Ein bösartiger Tumor, der sich unkontrolliert verbreitet und Gefahr läuft, seinen Wirt zu töten? Obwohl der Mensch Züge einer Krebszelle zeigt, trifft dieser Vergleich an entscheidender Stelle nicht zu.

„Massakrierte Bäume“

Rücksichtslos forciert der Mensch die Abholzung des Regenwaldes. Gedankenlos werden jeden Tag unvorstellbar große Flächen gerodet, um Platz für Nutztiere und Landwirtschaft zu schaffen. Der wachsende Hunger der sich stetig vermehrenden Menschheit muss gestillt werden. Abgesehen von den Folgen für Flora und Fauna gefährdet dieses Handeln das zukünftige Überleben der eigenen Spezies auf Mutter Erde, da eben jene abgeholzten Wälder essentiell sind, um Lebewesen mit Sauerstoff zu versorgen und Kohlenstoffdioxid, das sonst den Treibhauseffekt weiter vorantreiben würde, aufzunehmen. Nicht umsonst bezeichnet man den Klimawandel als menschengemacht – der Mensch zerstört seinen eigenen Heimatplaneten.

Der seine Umwelt zerstörende Mensch – der Krebs der Erde?

„Häuser erheben sich“

„Citius, Altius, Fortius“ scheint nicht nur das Motto der Olympischen Spiele, sondern auch der Grundgedanke der Siedlungspolitik des Menschen zu sein. Dort, wo eben noch ein Feld war, erhebt sich nun eine Wohnsiedlung. Dort, wo eben noch Rehe liefen, reiht sich nun ein Betonbau an den anderen. Von den absurd großen Megacities und Wolkenkratzern, die kilometerweit die Landschaft dominieren, ganz zu schweigen. Die Sicherheit vor Wind und Wetter gehört laut Maslow zu den Grundbedürfnissen des Menschen, rechtfertigt aber nicht die Auslöschung des Lebensraums zahlloser Tiere und Pflanzen. Der Mensch breitet sich immer weiter aus – ohne nennenswerte Regulation und ohne Rücksicht auf sein nicht-menschliches Umfeld.

Der sich unkontrolliert ausbreitende Mensch – der Krebs der Erde?

„Schnauzen, Fratzen überall“

Hässliche, verzerrte Gesichter werden abwertend als Fratzen bezeichnet. Auch jeder Mensch hat ein hässliches Gesicht. Neben den zuvor erwähnten Attacken gegen seine Umwelt ist auch das Zusammenleben der Menschheit untereinander von Auseinandersetzungen geprägt. Persönliche Konflikte mit Eltern, Geschwistern, Familienmitgliedern, Freunden, Kollegen und Autoritätspersonen. Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Gruppen aufgrund von kollidierenden Interessen, unterschiedlichen Meinungen und Zielen. Konkurrenzkämpfe zwischen Institutionen und Organisationen, ja sogar zwischen Staaten und Bündnissen mehrerer Staaten. Die hässliche Fratze des Menschen hat zerstörerische Züge: Mord und Totschlag sind selbst in relativ zivilisierten, fortschrittlichen und demokratischen Staaten an der Tagesordnung. Liest man die Nachrichten, bekommt man den Eindruck, der Mensch strotze vor Aggressivität.

Der aggressive Mensch – der Krebs der Erde?

„Der Mensch wuchert“

Neben der drohenden Klimakatastrophe und wechselseitigen Aggressionen stellt auch das Bevölkerungswachstum der Menschheit eine große

Herausforderung dar. Obwohl das Wachstum der Bevölkerung in den meisten europäischen Staaten rückläufig ist oder nur mehr schleppend voranschreitet, gibt es Teile der Erde, in denen Frauen im Durchschnitt mehr als fünf Kinder zur Welt bringen – der Mensch wuchert. So gibt es immer mehr Menschen, deren Hunger gestillt werden muss. Menschen, die ein Dach über dem Kopf brauchen. Deshalb werden Bäume massakriert, deshalb erheben sich Häuser. Auf engem Raum steigt das Konfliktpotential – die hässliche Fratze des Menschen zeigt sich.

Der wuchernde Mensch – der Krebs der Erde?

„Der Mensch ist der Krebs der Erde“

Per Definition ist Krebs unkontrolliertes Wachstum von Körperzellen, die sich fortlaufend vermehren. Krebs verdrängt, macht krank, schwächt – wie der Mensch? Auch die Menschheit ist längst außer Kontrolle geraten, hat die Herrschaft über ihr Wachstum und ihren Konsum verloren. Keine Spezies stellt für ihr Umfeld eine derartige Gefahr dar wie der Mensch für seinen Heimatplaneten. Die meisten Gattungen leben im Einklang mit ihrer Umgebung und nehmen nur das, was sie zum Überleben brauchen. Im Gegensatz dazu steht der Mensch, der zerstört und ausbeutet. Der Mensch, der tatsächlich in der Lage ist, den eigenen Lebensraum für sich und andere Lebensformen permanent unbewohnbar zu machen. Der Vergleich zwischen Krebs und dem Menschen ist daher naheliegend. Das hat erschreckende Konsequenzen für unser Selbstbild. Krebszellen entstehen durch Mutation, wenn entsprechende „Schutzmechanismen“ des Körpers versagen. Durch Zufall werden ungefährliche Zellen umprogrammiert, werden zu einer tödlichen Bedrohung. Ist auch der Mensch eine fehlgeschlagene Mutation, nichts weiter als der etwas intelligenteren, böse und zerstörerische Bruder des Schimpansen? Wie passt das zu unserem Anspruch, die Krone der Schöpfung, die Spitze der Zivilisation, das Abbild Gottes zu sein?

Der Mensch – der Krebs der Erde?

Die Schlussfolgerung, der Mensch sei mit Krebs gleichzusetzen, ist einleuchtend, dennoch hinkt der Vergleich: Im Gegensatz zu Krebszellen hat der Mensch ein Bewusstsein. Der Mensch ist in der Lage, sich selbst und seine Mitmenschen wahrzunehmen, dieses Verhalten einzuordnen und zu beurteilen.

Sich rücksichtslos ausbreitende Tumore verhalten sich immer auf die gleiche Art und Weise, aber der Mensch kann seine Gepflogenheiten ändern. Krebs ist immer schlecht, immer potentiell tödlich. Wohl ist der Mensch nicht immer gut – aber es gibt sie, die guten Menschen. Menschen, die ihr Leben dem Dienst an ihren Mitmenschen gewidmet haben. Menschen, die die Umwelt – anstatt sie auszubeuten – schützen und pflegen. Der Mensch hat die Fähigkeit, seinen Heimatplaneten unbewohnbar zu machen, seinen Wirt zu töten. Aber: Aus großer Kraft folgt große Verantwortung. Verantwortung, die eine Krebszelle nie wahrnehmen könnte, der Mensch hingegen sehr wohl.

Im Gegensatz zum Krebs ist der Mensch in der Lage, bewusst zu handeln – darin liegt sowohl seine größte Schwäche als auch seine größte Stärke. Der Mensch ist keine seelenlose Killermaschine, sondern ein zur Reflexion fähiges und selbstbestimmtes Wesen.

Der selbstbestimmte Mensch – Architekt seiner Gegenwart und seiner Zukunft.

Zum Autor:

Vincent Reisner ist Schüler des Stiftsgymnasiums Kremsmünster und ehemaliger Schulsprecher. Mit seinem Essay hat er den Preis bei der heurigen OÖ-Philosophieolympiade gewonnen. Er wurde in OÖN im Februar zum „Oberösterreicher des Tages“ gekürt.

„Gegenwärtige Vergangenheiten“

Ein Forschungsergebnis aus der kirchlichen
Zeitgeschichte

von *Leonhard Jungwirth*

Die Evangelische Kirche A. und H.B. in Österreich hat über die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinweg das Image einer „einst theologisch konservative[n] und politisch deutschnationale[n] evangelische[n] Kirche“ verloren.¹ Diese Beobachtung des *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts* aus dem Jahr 1998 habe ich meiner 2020 abgeschlossenen und verteidigten Dissertation, die 2023 unter dem Titel „Politische Vergangenheiten. Der österreichische Protestantismus in den Jahren 1933/34 bis 1968“ in der Reihe B der „Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte“ bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erscheinen wird, als Forschungshypothese zugrundegelegt. Allem Anschein nach waren es, so meine Überlegung, die kirchenpolitischen Entpolitisierungs- und Politisierungsprozesse des Zeitraums zwischen 1945 und 1968, die diesen Imagewandel der Kirche bewirkten oder ihn zumindest prädisponierten. Ziel meiner Dissertation war es deshalb, die unterschiedlichen und bislang weitestgehend unerforscht gebliebenen Entpolitisierungs- und Politisierungsprozesse des genannten Zeitraums mittels intensiver Quellenarbeit zu rekonstruieren, in ihren zeitgeschichtlichen und theologiegeschichtlichen Kontext einzubetten und auch mittels sozialwissenschaftlicher Fragestellungen zu durchleuchten und zu analysieren.

Die Dissertation widmet sich in drei Abschnitten den Entpolitisierungs- und Politisierungsprozessen im österreichischen Protestantismus in den Jahren 1933/34 bis 1968 sowie den damit verbundenen kirchenpolitischen Umbrüchen. Der Grund, weshalb die Jahre 1933/34 bis 1945 in die historische Rekonstruktionsarbeit einbezogen wurden, also die kurze Ära

¹ Josef *Ertl*, Gertraud Knoll. Wie aus dem Bilderbuch. In: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* 10 (6.3.1998) 40.

des betont katholischen ‚Ständestaates‘ (1933/34–1938) wie auch die Zeit des Nationalsozialismus (1938–1945), liegt in der fundamentalen Bedeutung dieser Zeitspanne für die kirchenpolitischen Entwicklungen des österreichischen Nachkriegsprotestantismus. Denn: Zum einen setzten wesentliche kirchenpolitische Entpolitisierungsprozesse bereits während der NS-Zeit ein und reagierten damit auf vormalige (ebenfalls erarbeitete) Politisierungsprozesse. Zum anderen – und hier greife ich bereits auf ein zentrales, im Folgenden auch herausgegriffenes Ergebnis meiner Dissertation vor – waren die generationenspezifischen Verarbeitungsformen ebendieser prägenden Zeitspanne nach 1945 grundlegend für die Neudefinierung völlig unterschiedlicher kirchenpolitischer Handlungsziele und Verantwortlichkeiten.

Das im Folgenden vorzustellende Forschungsergebnis steht im Zentrum des dritten Hauptteils meiner Dissertation, in dem ich mich fokussiert mit dem innerkirchlichen Generationenkonflikt rund um das symbolhaft aufgeladene Jahr 1968 bzw. insbesondere rund um die Schwangerschaftsabbruchsdebatte befasste. In diesem Teil wird der auch für den österreichischen Protestantismus feststellbare Generationenkonflikt in seiner soziologischen Tiefendimension analysiert: Die kirchenpolitischen Generationen werden dabei im Anschluss an die Historikerin Ulrike Jureit nicht als Alterskohorten, sondern als Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften wie auch als Erwartungs- und Sehnsuchtsgemeinschaften im Sinne von emotionalen Verarbeitungskategorien aufgefasst. Indem Einzelne davon ausgehen, dass andere ähnliche Erfahrungen gemacht haben und daraus vergleichbare Schlüsse ziehen bzw. dass Erinnerungen, Erwartungen und Sehnsüchte von anderen geteilt werden, verorten und vergewissern sich diese Einzelnen in einer ‚größeren Gemeinschaft‘ – in diesem Fall über das Vergemeinschaftungsangebot einer Generation –, während sie in der Form konkreter Handlungseinheiten und Deutungseliten nach Bewahrung oder Veränderung streben.

Das Analyseergebnis der Dissertation, demzufolge im Generationenkonflikt zwei miteinander in Konflikt stehende narrative Vergangenheitsbewältigungsformen, also spezifische Formen der Erinnerung, gegenübergestellt wurden, auf deren Basis wiederum völlig unterschiedliche kirchenpolitische Handlungsziele und Verantwortlichkeiten definiert wurden, ist m. E. für ein vertieftes Verständnis der österreichischen evangelisch-kirchlichen Zeitgeschichte geradezu zentral. Es ist dies auch das Ergebnis, das ich nun herausgreifen und im Folgenden etwas stärker ausleuchten will.

Im Kontext der österreichischen ‚Opferthese‘, mittels derer die beiden Größen ‚Deutschland‘ und ‚Nationalsozialismus‘ sukzessive zu einer Einheit verschmolzen² und die eigene österreichische Rolle zunehmend aus der schwerwiegenden und belastenden Vergangenheit extrahiert wurde, ergab sich für die Evangelische Kirche eine hochkomplexe Situation: Um nicht selbst Gefahr zu laufen, als „unösterreichisch[e] und importiert[e]“,³ als deutschnational verschiene ‚Nazikirche‘ integraler Bestandteil dieser ‚unheilvollen Synthese‘ von ‚Deutschland‘ und ‚Nationalsozialismus‘ zu bleiben, musste sie sich aus ebendieser Synthese herauszulösen versuchen, ohne aber, dass dabei das erforderliche Maß an Entnazifizierung und Selbstthematisierung im Kontext der Vergangenheitsbewältigung unerfüllt blieb oder desavouiert wurde.

Dies gelang der Evangelischen Kirche bzw. der Kirchenleitung nach 1945 bemerkenswerterweise über die entpolitizierende Umwertung eines ehemals antikatholisch und nationalpolitisch aufgeladenen Opfernarrativs, das aus der Los-von-Rom-Zeit rund um 1900 stammte und das mit zu einer nationalsozialistischen Politisierung und Ideologisierung des österreichischen Protestantismus beigetragen hatte: Anstelle der einseitig politisierten Leidens- und Verfolgungsgeschichte wurde in einer österreichisch-evangelischen Geschichtserinnerung nunmehr – nicht weniger einseitig – die mühselige und entbehrungsreiche Glaubens- und Frömmigkeitgeschichte der österreichischen Protestantinnen und Protestanten betont. Die ‚Väter‘ des österreichischen Protestantismus wurden als unpolitische „Zeugen einer Glaubenstreue, die unverzagt in schwersten Stürmen standhielt“,⁴ in den Blick genommen. Man versuchte den österreichischen Protestantismus auf geistes- und kulturgeschichtlichem Wege inmitten der österreichischen Geschichte und Gegenwart zu platzieren, seine tiefe Verwurzelung in der österreichischen Geschichte nachweisbar zu machen, um ihn somit als dezidiert ‚österreichisch‘ auszuweisen: zwar als ‚Opfer‘ der österreichischen Geschichte, aber eben auch als genuin österreichisches ‚Opfer‘.

Dabei hatte die neue Form der Geschichtserinnerung und Geschichtsverarbeitung angesichts des vermeintlich weiterhin drohenden Säkularismus

2 Zur Antithese gegenüber Deutschland vgl. Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015) 58.

3 Rudolf Leeb, Der österreichische Protestantismus und die Los-von-Rom-Bewegung. In: Protestantische Mentalitäten, hg. von Johannes Dantine/Klaus Thien/Michael Weinzierl (Wien 1999) 195–230, hier 212.

4 Leopold Temmel, Was die Bibel den Vätern war. In: Das Banner 4 (1947) 94.

auch ermahnenden Charakter und systemstabilisierende Funktion: Sie war Mahnung, Warnung und Aufruf für die gegenwärtige und zukünftige Evangelische Kirche in Österreich und infolgedessen auch Grundlage für einen autoritativen Leitungsstil der Kirchenleitung. Sie wurde gleichsam zum Referenzrahmen kirchen- und identitätspolitischer Selbstvergewisserung. Einflüsse der modernen Theologie und Bestrebungen zur Repolitisierung der Kirche hatten darin keinen Platz und wurden vielmehr – nach Überzeugung einer innerkirchlichen Deutungselite – als von außen oktroyierte Kontinuitäten eines kultur- und nationalprotestantischen, ja des ‚deutschen‘ Glaubensabfalls disqualifiziert. Das Narrativ, dass in der österreichischen Evangelischen Kirche kein Kirchenkampf stattgefunden habe, wirkte dabei bekräftigend. Durch die vorbildhafte Hervorhebung der ‚altprotestantischen Glaubenszeugen‘ wurde versucht, in den Pfarrgemeinden und insbesondere in der evangelischen Jugend ein als genuin österreichisch erachtetes, vergangenheits- und traditionsbezogenes, unpolitisches Glaubensleben zu forcieren. Das bekennerrische Wächteramt wurde angesichts der bald eintretenden gesellschaftspolitischen und theologiegeschichtlichen Veränderungen mit dem Beharrungsanspruch bzw. – v. a. unter Bischof Oskar Sakrausky – mit dem retrotopisch anmutenden Zukunftsbild einer vermeintlich besseren, weil bekennerrisch-christlichen und der Tradition verpflichteten Vergangenheit verknüpft. „Nie mehr wieder“ sollten Staats- und Gesellschaftspolitik wie im Nationalsozialismus die Grundlagen des biblischen Zeugnisses und der reformatorischen Bekenntnisschriften verlassen. Im Zuge wachsender kirchenpolitischer Auseinandersetzungen reklamierte die diskursdominierende, kirchenleitende Generation alsbald das Erbe der Bekennenden Kirche für sich.

Mittels ihres martyriologisch aufgeladenen und entpolitisierten Narrativs konnte schlussendlich auch an das dezidiert theologisch-ekklesiologische Schuldempfinden kirchennaher Kreise sowie an die teils durchaus realen Opfererfahrungen österreichischer Protestantinnen und Protestanten während der Zeit des Nationalsozialismus und v. a. während der Zeit des katholischen ‚Ständestaates‘ angeknüpft werden. Das Opfernarrativ wurde dabei von der ‚kleinen Gemeinschaft unter dem Kreuz‘⁵ aber schon bald kollektiv auf den Protestantismus übertragen und geschichtspolitisch überformt. Insbesondere die gesellschafts-, wirtschafts- und identitätspolitische Realität des katholischen ‚Ständestaates‘ wurde durch ihre Überakzentuierung zu einer spe-

5 Wilhelm Kühnert, *Kirche unter dem Kreuz. Zur 350-Jahrfeier des Ediktes von Nantes. Gemeindebote für das evangelisch-lutherische Wien* 27. Jg./4 (1948) 38f.

zifisch protestantischen „Halbwahrheit“⁶ bzw. zu einer doppelten Opferthese verzerrt, die auf folgende abstrakte Formel gebracht werden kann: Die Opfer des katholischen ‚Ständestaates‘, d. h. auch und v. a. die österreichischen Protestantinnen und Protestanten, hätten sich erst *reaktiv* politisiert, um sodann als „verführte“ und ‚betrogene“⁷ Kirchentreu im Nationalsozialismus erneut zu Opfern zu werden. Die weitgehenden ideologischen Übereinstimmungen mit den expansions-, macht- und rassenpolitischen Zielen des Nationalsozialismus, die deutschnationale Ausrichtung eines großen Teiles der österreichischen Minderheitskirche oder die obrigkeits- und ordnungslegitimierende Theologie wurden mittels dieser doppelten Opferthese völlig ausgeklammert.

Unterschiedliche Faktoren bewirkten also spätestens zu Beginn der 1950er-Jahre das Ende einer anfangs durchaus noch selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Der seitens einer vorwiegend jüngeren kirchenpolitischen Generation immer öfter geäußerte Wille zur Auseinandersetzung mit der belastenden Vergangenheit wurde klar abgeblockt; stattdessen nahmen selbstviktimisierende, exkulpierende und externalisierende Tendenzen in der generationenspezifischen Geschichtserinnerung überhand. Gemeinsam mit dem Konservatismus und dem patriarchalen Autoritarismus der Kirchenleitung schufen diese Tendenzen den Nährboden für ein neues, ja für ein konträres vergangenheitsbezogenes Narrativ.

In der politisierten Vergangenheitsbewältigungsdebatte rund um das Jahr 1968 näherte sich eine protestbewegte, vorwiegend jüngere kirchenpolitische Generation den historischen Zusammenhängen – v. a. aufgrund der eigenen Konfliktsituation – durch betont moralische und emotional teils hochaufgeladene Fragestellungen an: Die Evangelische Kirche wurde einseitig als zutiefst in die Machenschaften der illegalen NSDAP verwickelt thematisiert. Die moralischen Fragestellungen vermochten dabei über eine Solidarisierung mit den Opfern der Vergangenheit sogar bis hin zu einer Identifizierung mit denselben zu führen. Entsprechend wurde die Elterngeneration bzw. die den innerkirchlichen Diskurs dominierende Generation zunehmend mit den nati-

6 Ernst *Hanisch*, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890–1990, Wien 1994)* 401.

7 Heidemarie *Uhl*, *Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im ‚österreichischen Gedächtnis‘*. In: *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung, Studien zur ‚Gedächtnisgeschichte‘ der Zweiten Republik*, hg. von Ders./Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C.G. Lorenz/Oliver Marchart/Vrääth Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz (Reihe Kultur.Wissenschaften 9, Wien 2005) 50–85, hier 55.

onalsozialistischen Täterinnen und Tätern gleichgesetzt oder zumindest spürbar in deren Nähe gerückt. Zwar boten ideologische Kontinuitätslinien v. a. im Milieu der ‚Ehemaligen‘ auch im Protestantismus deutliche Anhaltspunkte für eine noch immer gegenwärtige Vergangenheit; der seit dem Ende der 1950er-Jahre gewachsene Wille nach einer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde allerdings auch zunehmend mit eigenen Erfahrungen verknüpft. Man fühlte sich – gleich einer Bekennenden Kirche – unverändert nationalsozialistischen Strukturen und Ideologien gegenübergestellt. Den unkritisch rezipierten und wiedergegebenen Selbstpräsentationen aus dem Jahr 1938 – Repräsentanten der Kirche sprachen damals von nahezu zwei Dritteln illegaler NSDAP-Mitglieder innerhalb der Pfarrerschaft – kam bei dieser Überidentifikation gleichsam eine bekräftigende Funktion zu.

Die ‚Erblast‘ der nationalsozialistischen Vergangenheit bzw. eines österreichisch-protestantischen ‚Täternarrativs‘, das dieser ‚Erinnerungsgemeinschaft‘ gleichsam als „generationenspezifisches Emotionsfundament“⁸ zugrundelag, wog schwer. Es galt der ‚protestbewegten‘ Generation folglich, sich über den Protest aus ihren unheilvollen Verstrickungen zu lösen und sich durch Moralisierung und Anklage von der „gefühlten Vergangenheit“⁹ zu distanzieren; es galt, das tiefe Schweigen, die selbstviktimisierenden und relativierenden Tendenzen des ‚Opfernarrativs‘ zu brechen; es galt, die vermeintlich moralisch Schuldigen zu benennen und sich selbst wie auch Kirche und Gesellschaft durch die Inszenierung eines religiös-moralischen Neubeginns von der tradierten Schuld zu befreien.

Aus dieser Forderung nach einem religiös-moralischen Neubeginn lässt sich schlussendlich auch das politische, reformorientierte Engagement der ‚protestbewegten‘ Generation verständlich machen, das den eingangs benannten Imagewandel der Evangelischen Kirche über die Folgejahrzehnte hinweg schlussendlich komplettierte. Im Horizont christlicher Eschatologie vermochte die ‚protestbewegte‘ Generation als „Sehnsuchtsgemeinschaft“¹⁰ „ungestillte Erwartungen nach Veränderung“ einer als kontinuierungsverfal-

8 Habbo *Knoch*, Gefühlte Gemeinschaften. Bild und Generation in der Moderne. In: *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, hg. von Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hamburg 2005) 295–319, hier 302.

9 Ulrike *Jureit*, Gefühlte Vergangenheiten. Zum Verhältnis von Geschichte, Erinnerungen und kollektiven Identitätswünschen. In: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 2 (2012) 16–23, hier 21.

len erachteten Kirche zu bündeln,¹⁰ während sie diese als kirchenpolitische „Handlungseinheit[en]“,¹¹ etwa in Form der 1971 gegründeten ‚Salzburger Gruppe‘, zu erfüllen strebte. „Eine Kirche wird vergattert“,¹² lautete die Diagnose, ‚Revolution‘, Emanzipation, Enttabuisierung und Repolitisierung die Konsequenz. Die ‚68er-Bewegung‘ hatte im österreichischen Protestantismus eine klar feststellbare emotional-integrative Wirkung gezeitigt; in „gefühlter Verbundenheit“¹³ mit der transnationalen Protestbewegung wurden (größtenteils junge) Evangelische in Österreich selbst zu ‚Protestbewegten‘. Das vergangenheitsbezogene Narrativ der ‚protestbewegten‘ Generation vermochte im evangelisch-kirchlichen Bereich mithin ein ‚systemtransformierendes‘ Potenzial zu entfalten.

In der Konfliktsituation rund um das Jahr 1968 wurden somit – so lässt sich dieser Forschungsbericht schließlich abrunden – einander zwei politische Vergangenheiten konfrontativ gegenübergestellt: Die beiden kirchenpolitischen Generationen distanzieren sich voneinander, indem sie sich – zum einen externalisierend, zum anderen moralisierend – von der eigenen Geschichte distanzieren. Bis heute vermögen diese politischen Vergangenheiten, teils in neue, auch reflektiertere Erinnerungsstränge auseinanderfallend, als gegenwärtige Vergangenheiten selbstvergewissernde Referenzrahmen für kirchenpolitische Aktions- und Kommunikationsformen zu stiften und damit auch kirchenpolitische Generationen mit spezifisch definierten kirchenpolitischen Handlungszielen und Verantwortlichkeiten. Die Geschichte hat einen langen Atem.

Zum Autor:

Mag. Dr. Leonhard Jungwirth studierte Evangelische Fachtheologie in Wien und Glasgow. Derzeit ist er Post-Doc-Assistent am Institut für Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. 2022 wurde er nach abgeschlossener Pfarramtsausbildung in Mödling (NÖ) ins geistliche Amt ordiniert.

10 Kirsten Gerland/Benjamin Möckel/Daniel Ristau, Die Erwartung. Neue Perspektiven der Generationenforschung. In: Generation und Erwartung. Konstruktionen zwischen Vergangenheit und Zukunft, hg. von Dens. (Göttingen 2013) 9–28, hier 21.

11 Ulrike Jureit, Generation, Generationalität, Generationenforschung. In: https://docupedia.de/zg/Jureit_generation_v2_de_2017 [letzter Aufruf am 15.6.2023].

12 Wilhelm Dantine, Eine Kirche wird vergattert. In: *anstoss + Argumente* 9. Jg./1 (1971) 22–24.

13 Ulrike Jureit, Generation und Moderne. Kritische Anmerkungen zu einer begrifflichen Inanspruchnahme. In: Familie – Generation – Institution. Generationenkonzepte in der Vormoderne, hg. von Hartwin Brandt/Maximilian Schuh/Ulrike Siewert (Bamberg 2008) 31–47, hier 43.

Zur Evaluierung der EJO- Kinderschutzrichtlinie (KSR) in Zusammenarbeit mit „die möwe“

Wozu braucht es Kinderschutzkonzepte
und wie wirken sie?

von Caroline Ruttner Koczan

Aktuelle Ereignisse in verschiedenen Bildungseinrichtungen und Vereinen haben aufgezeigt, dass Kinderschutzkonzepte notwendig sind, um Kinder und Jugendliche vor Übergriffen und (sexualisierter) Gewalt zu schützen, unsere Gesellschaft zu sensibilisieren und um eine offene Diskussion zu führen. Mittlerweile gibt es einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Kinder und Jugendliche geschützt werden müssen und Kinderschutzkonzepte daher unabdingbar sind. Wirksame Kinderschutzpakete schützen nämlich nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch deren Betreuungspersonen, Mitarbeitende von Vereinen und die Institutionen selbst, aber auch potentielle Täter*innen davor, womöglich zum*zur Täter*in zu werden. Ein Kinderschutzkonzept, das gut nach innen und nach außen kommuniziert wird, schafft ein starkes Bewusstsein, Sensibilisierung und Sicherheit darüber, welche Maßnahmen zu setzen sind, sollte ein Übergriff beobachtet werden oder ein Missbrauchsvorfall vorliegen.

Leider sind sich die politisch Verantwortlichen noch nicht im Klaren darüber, dass es ein einheitliches österreichweites und verpflichtendes Schutzkonzept für Kinder und Jugendliche geben muss. „Aus Sicht der kija (Kinder- und Jugendanwaltschaft) Österreich braucht es daher ein umfassendes Kinderschutzgesetz auf bundesgesetzlicher Ebene. Und zwar als verbindlichen Rahmen für alle Organisationen, ob ehrenamtlich oder hauptberuflich geführt: von Bildungseinrichtungen und Nachhilfeinstituten bis hin zu Sport- und Musikvereinen, vom Internat bis zu den Tageseltern, von Ein-

richtungen der Kinder- und Jugendhilfe bis hin zu kirchlichen Ordensträgern, vom Gesundheitsbereich (Krankenanstalten, Ambulatorien, niedergelassene Ärzt:innen) bis zum Transportwesen. Dieses Kinderschutzgesetz muss einheitlich im gesamten Bundesgebiet gelten.“¹

Wie entstand die Kinderschutzrichtlinie der EJÖ und welche Auswirkung hatte sie bisher? Wie kann die Qualität einer KSR gesichert werden?

Die Evangelische Jugend Österreich (EJÖ) hat sich dem Schutz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie aller ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden vor Grenzverletzungen, Übergriffen und allen Formen der Gewalt verpflichtet. Ebenso der Sensibilisierung und Schulung aller Mitarbeitenden. Seit dem Beschluss des Jugendrates Österreich (JURÖ) 2013 zur Erstellung einer Kinderschutzrichtlinie (KSR) in Zusammenarbeit mit *ECPAT Österreich*² wurden 713 Mitarbeitende in kostenlosen KSR-Basisschulungen sensibilisiert und geschult. Davon wurden 75 Personen weiterführend als Präventionstrainer*innen ausgebildet. Die Sensibilisierung und Ausbildung der EJÖ-Mitarbeitenden schafft mehr Sicherheit aller Beteiligten innerhalb der EJÖ, stärkt das Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen der Kinder und Jugendlichen und steigert die Qualität der EJÖ-Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Um die Qualität eines Kinderschutzkonzeptes sichern zu können, braucht es eine Evaluierung in regelmäßigen Abständen. Deshalb hat die EJÖ seit Dezember 2022 die KSR einem Monitoring durch die Kinderschutzorganisation „*die möwe*“³ unterzogen und arbeitet gemeinsam mit Kinderschutzexpertinnen der „*möwe*“ an der Evaluierung der Kinderschutzrichtlinie. In einem einjährigen Arbeitsprozess wird die KSR den neuen Herausforderungen unserer Zeit angepasst. Neben einer genauen Risikoanalyse werden der Krisen- und der Maßnahmenplan überarbeitet, alle Schulungsinhalte auf

-
- 1 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220712_OTS0067/kinderschutz-jetzt-verbessern; Es braucht ein umfassendes österreichweites Kinderschutzgesetz
 - 2 ECPAT Österreich, Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Rechte der Kinder vor sexueller Ausbeutung, <https://www.ecpat.at/kinderschutz#c98>
 - 3 <https://www.die-moewe.at/de/ueber-uns>; „*die möwe*“ ist eine der größten österreichischen Kinderschutzorganisationen und begleitet Institutionen und Organisationen dabei, sich noch achtsamer nach Kinderrechten und Kindeswohl auszurichten und ein passgenaues Kinderschutzkonzept, das Gewalt systematisch entgegenwirkt, zu entwickeln.

ihre Aktualität überprüft und neue Risikofelder thematisiert. Mit Dezember 2023 soll der Evaluierungsprozess beendet sein und die neue KSR präsentiert werden.

Wie gestaltet sich die Evaluierung und wer ist daran beteiligt?

Ein Kinderschutzkonzept ist immer nur so gut, wie es von allen Beteiligten wahrgenommen, angenommen und mitgetragen wird. Deshalb ist es oberstes Ziel der EJÖ, alle Beteiligten innerhalb der EJÖ – Kinder, Jugendliche, haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende – „ins Boot zu holen“ und teilhaben zu lassen. Als erster Schritt dazu wurde eine Risikoanalyse gemacht. 1700 Mitarbeitende wurden zu einer anonymen Online-Befragung eingeladen. Erfragt wurde, wie sie die KSR wahrnehmen, ob sie bereits Erfahrungen gemacht haben mit Beobachtungen, Dokumentationen zu Übergriffen oder Meldungen. 300 ausgewählte Mitarbeitende wurden eingeladen, einen detaillierteren Online-Fragebogen auszufüllen, und mit drei Schlüsselpersonen der EJÖ wurden intensive Online-Gespräche mit der Kinderschutzexpertin der „möwe“, Hannah Rodlauer, geführt. So konnte nach der Auswertung durch die „möwe“ ein Überblick verschafft werden über Wahrnehmung und Kenntnisstand zur KSR.

Es stellte sich heraus, dass sich insgesamt 346 Personen an der Online-Umfrage beteiligten, davon kamen 237 vollständig ausgefüllte Fragebögen zurück. 90,7 % aller Beteiligten halten es für wichtig, dass die EJÖ sich mit internem Kinderschutz beschäftigt. 41,1 % aller Beteiligten möchten sich gerne mehr zum Thema EJÖ-Kinderschutz einbringen. 60,2 % der Beteiligten wissen genau, was im Falle von Kinderschutz-Beschwerden, Sorgen, Beobachtungen, Verdachtsfällen zu tun ist. 4,2 % der Mitarbeiter*innen haben im Rahmen der EJÖ-Tätigkeiten innerhalb der EJÖ und 5,1 % an externe Stellen Beschwerden, Beobachtungen, Sorgen oder Verdachtsfälle gemeldet. Davon waren 75,6 % mit der Bearbeitung und Lösung zufrieden.

Die Zahlen und Rückmeldungen der Befragten zeigen deutlich auf, dass vor allem die Kommunikation über die KSR zwischen Gemeinde-, Diözesan- und Bundesebene verbessert, an der Struktur und Auffindbarkeit der KSR-Dokumente auf der Homepage gearbeitet und die Basisschulungen direkt in die Pfarrgemeinden getragen werden müssen, denn es zeigte sich ein großes Interesse an Schulungen in den Pfarrgemeinden.

In den nächsten Arbeitsprozessen zur Evaluierung werden nun die Empfehlungen der „möve“ in Arbeitsteams umgesetzt. Alle Dokumente zur KSR, der Maßnahmenplan, der Krisenplan, die Dokumentationshilfen und alle Schulungsunterlagen werden überarbeitet. Es sollen ein klares Leitbild der KSR und ein Verhaltenscodex erstellt werden. Ein*e Kinderschutzbeauftragte*r und eine zentrale Beschwerdestelle sollen eingesetzt werden. Das Vertrauenspersonensystem wird überarbeitet und besser strukturiert. Eine Neukonzeption eines internen Netzwerks der Vertrauenspersonen soll erstellt werden, ebenso ein sexualpädagogisches Konzept. Konsequenzen bei Fehlverhalten müssen formuliert werden. Kinder und Jugendliche sollen sich beteiligen dürfen. Da jede*r von Gewalt betroffen sein kann, soll der Schutz hinkünftig für alle Altersgruppen und alle EJO-Mitarbeitenden erweitert werden, weshalb ein neuer Name für die Richtlinie gefunden werden muss.

Hatte die KSR den Schwerpunkt auf sexualisierte Gewalt gelegt, werden im neuen Schutzkonzept alle Gewaltformen beachtet. Ein wichtiger Punkt dazu wird die Gefahren im digitalen Bereich behandeln (Internet, soziale Medien wie TikTok, Gaming-Foren etc.). Die EJO-Kinderschutzrichtlinie soll nach innen über die sozialen Medien, über Multiplikator*innen, über die Homepage und die Kontakte zwischen Jugendlichen und Mitarbeitenden weitergetragen werden. Kommuniziert werden soll die KSR von der Bundesgeschäftsstelle bis in die Pfarrgemeinden. Ein klares Konzept für die Kommunikation nach außen (Presse, Medienberichte etc.) muss erstellt werden.

Wenn eine Pfarrgemeinde bzw. eine Institution ein Kinderschutzkonzept einrichten möchten, wohin können sie sich wenden? Wo können sie sich Hilfe holen?

Auf der Website der Plattform *Kinderschutzkonzepte*⁴ gibt es ein Tutorial und weitere Möglichkeiten, sich genau zu informieren. Hilfe bietet auch der *Bundesverband Österreichischer Kinderschutzzentren*⁵ an. Das Bundeskanzleramt hat einen „Leitfaden Kinderschutzkonzept“ erstellt, den sich Vereine und Institutionen von der Website herunterladen können.⁶ Die Kinderschutzorganisation

4 <https://www.schutzkonzepte.at/tutorial/>

5 <http://www.oe-kinderschutzzentren.at/>

6 <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/jugend/bundesjugendfoerderung/bundes-jugendfoerderung-kinderschutz.html>

„die möve“ und ECPAT Österreich begleiten die Errichtung von Kinderschutz- oder Evaluierungskonzepten.

Abschließend muss angemerkt werden, dass der beste Schutz vor Grenzüberschreitungen, Übergriffen und Gewalt gute und wirksame Schutzkonzepte sind, die sensibilisieren und präventiv wirken. Die EJÖ bedankt sich daher bei allen Mitarbeitenden, die sich am aktuellen Evaluierungsprozess mit ihren Erfahrungen und Expertisen beteiligen.

Zur Autorin:

Caroline Ruttner Koczán, Projektreferentin und dzt. Kinderschutzbeauftragte der EJÖ; Schauspielerin, Freizeitpädagogin und Traumapädagogin; arbeitete 11 Jahre mit schwer traumatisierten Kindern und Jugendlichen (Diakonie de La Tour, Treffen; Diakonie Flüchtlingsdienst, Wien) und zzt. bei Fair Therapy, Wien, als Traumapädagogin.

Gefördertes Projekt des Evangelischen Bundes in Österreich

Tagung „evangelisches erinnern“: Veranstaltungsteam zieht positives Resümee

Rund 40 Expertinnen und Experten beschäftigten sich mit Erinnerungskulturen des österreichischen Protestantismus

Ein positives Resümee zieht das Veranstalterteam über die interdisziplinäre Fachtagung „evangelisches erinnern“, die vom 19. bis 21. April in Wien stattgefunden hat. Wichtige Fragestellungen einer (evangelischen) Erinnerungskultur-Geschichtsforschung konnten das erste Mal formuliert und zum Teil auch beantwortet werden, zeigte sich Kirchenhistoriker Leonhard Jungwirth erfreut: „Wir nehmen viele Impulse für weitere Nachdenkprozesse mit“. Kirchenhistorikerin Astrid Schweighofer erkennt einen wertvollen Vernetzungseffekt der Tagung: „Ich denke auch, dass es uns mit der Tagung, bei der wir im Grunde den Status quo erhoben haben, gelungen ist, zu einer weiteren und vertieften kritischen Auseinandersetzung mit bisherigen Narrativen anzuregen“.

Die Historikerin Martina Fuchs hob die „gelebte Interdisziplinarität der Tagung“ hervor. Dass sie viele spannende Einblicke in die verschiedensten kirchenhistorischen Themenfelder geboten habe, betonte der Systematische Theologe Thomas Scheiwiler: „Eine weiterführende Diskussion über den normativen Charakter von Kirchengeschichtsschreibung ist aus meiner Perspektive sowohl für die Theologie als auch für die Kirche äußerst fruchtbar“. Dank der Vielfalt der Tagungsbeiträge „war wohl wirklich für alle Teilnehmenden viel Lehrreiches dabei“, lautet das Fazit von Pfarrer Johannes Modeß, Teamleiter im Albert Schweitzer Haus-Forum. „Besonders gefreut hat mich, dass sich ernsthafte und weiterführende Gespräche zu konkreten Fragen, die Pfarrgemeinden und Gesamtkirche umtreiben, ergeben haben.“

Rund 40 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen universitären, kirchlichen und musealen Bereichen beschäftigten sich mit Erinnerungskulturen des österreichischen Protestantismus. Es war die erste interdisziplinäre Tagung, die zu diesem Thema stattfand. Veranstaltet wurde die Tagung vom

„Memory Lab – evangelisches:erinnern“ des „Albert Schweitzer Haus-Forum der Zivilgesellschaft“ in Kooperation mit den Instituten für Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst sowie für Systematische Theologie und Religionswissenschaft der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien sowie der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich.

(epd-Ö)

Nachrichten

GENERALSYNODE SETZT SCHRITTE ZU GESCHLECHTER- GERECHTER LEITUNGSKULTUR

Obwohl es in der Evangelischen Kirche seit dem Synodenbeschluss von 1980 die rechtliche Gleichstellung von geistlichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern gibt, wurde eine geschlechtergerechte Ausgewogenheit in Leitungsfunktionen, insbesondere auf der Ebene der Superintendent:innen, nicht realisiert. Mehrere Maßnahmen sollen künftig dafür sorgen, dass in der Evangelischen Kirche eine ausgewogene Repräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen Realität wird.

Der Generalsynode wurden dazu am 1. Juli in Wien mehrere Forderungen präsentiert. Sie sind das Ergebnis der Arbeit der Projektgruppe „Gendergerechte Leitungskultur“, die die Synode 2021 unter der Leitung von Oberkirchenrätin Ingrid Bachler eingerichtet hatte. „Die Gleichstellung von Männern und Frauen schreitet in Österreich nicht langsam voran, sie schreitet zurück“, sagte die Oberkirchenrätin vor der Generalsynode. Trotz der rechtlichen Gleichstellung von Frauen im geistlichen Amt „sind wir von einer geschlechtergerechten Verteilung von Verantwortung und Einfluss noch überraschend oder erschreckend weit entfernt“, konstatierte Bachler. Es gäbe viel zu wenige ordinierte Frauen oder überhaupt Diversität in Leitungsfunktionen.

Ausgewogene Repräsentanz sei kein Selbstzweck, das Recht müsse „mit Leben erfüllt“

werden, meinte Martin Fischer von der KPH, der als Mitglied der Projektgruppe den ersten Teil der Forderungen präsentierte. Um diese Ausgewogenheit zwischen Frauen und Männern zu realisieren, brauche es „Selbstreflexion und Maßnahmen“, hier gehe es auch um ein „unverzichtbares Alleinstellungsmerkmal“ der Evangelischen Kirche nach außen.

Nach den Vorschlägen des Projektteams sollen künftig in der Gemeindevertretung, im Presbyterium, im Superintendentenrat und in der Synode die Geschlechter im Verhältnis 40:60 vertreten sein. Bei Nominierungen für ein geistliches oder weltliches Leitungsamt als Superintendent:in, Superintendentenrätin, Bischof/Bischöfin, Synodenpräsident:in und Oberkirchenrat/Oberkirchenrätin soll zumindest eine Frau bzw. ein Mann nominiert werden.

EVANGELISCHE KIRCHE WÜRDIGT SCHEIDENDEN SYNODEN- PRÄSIDENTEN PETER KRÖMER

Seit über 30 Jahren steht der St. Pöltner Rechtsanwalt Peter Krömer an der Spitze der Synode A.B. und der Generalsynode, nun zieht er sich aus Altersgründen zurück. Bei einem Festakt am 1. Juli im Rahmen der in Wien tagenden Generalsynode wurde das Wirken des Langzeitpräsidenten umfangreich gewürdigt, von Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso wie aus der Politik.

In seiner Laudatio bezeichnete Bischof Michael Chalupka Krömers Wirken als „einzigartiges Lebenswerk, das in dieser Dauer und Nachhaltigkeit im Amt des Synodenpräsidenten wohl einzigartig ist und auch bleiben wird“. Man blicke zurück auf eine Fülle von Debatten, Abstimmungen, Gesprächen, Briefen und Gesetzesentwürfen, die Eingang in die Rechtsnormen der Evangelischen Kirche gefunden haben. „Wir sehen eine Lebensleistung vor uns, die in keine Laudatio passt, die aber auch jedes vorstellbare Arbeitsleben, zumal im Ehrenamt, zu sprengen scheint.“

Im Gespräch mit der Journalistin Mathilde Schwabeneder bekannte sich Krömer zu seinem „persönlichen Glauben an Jesus Christus“, den er zugleich auch als Auftrag verstehe, sich „in der Kirche einzusetzen“. Denn ein Glaube sei „nur dann ein Glaube, wenn er gelebt wird“. In seinen Dankesworten erinnerte er an sein biblisches Leitmotiv: „zu dienen mit den Gaben, die man von Gott empfangen hat“. Den Mitgliedern in der Synode, im Kirchenamt und insbesondere im Synodenbüro dankte der Präsident für die umfangreiche Unterstützung und das entgegengebrachte Vertrauen. Ganz besonders dankte Krömer seiner Frau: „Ohne dein Verständnis und deine Unterstützung hätte ich das alles nicht tun können“.

STUDIERENDE PRÄSENTIERTEN IMAGEKAMPAGNE ZU EVANGELISCHER SEELSORGE

Ein Studierenden-Team der Fachhochschule „FHWN Campus Wieselburg“ präsentierte zu Semesterende in Wieselburg das Ergebnis

einer Imagekampagne, die die evangelische Seelsorge in den Blickpunkt rückt. Mit dem Auftrag, die Wahrnehmung der evangelischen Seelsorge auch in Außenbezügen zu stärken, hatte das Team im Sommersemester unter fachlicher Begleitung die Kampagne für die Evangelische Superintendentz A.B. Wien entwickelt. Mit diesem Praxisprojekt sollte die Kirche mit dem speziellen Seelsorge-Angebot am vielfältigen Beratungsmarkt besser und erkennbarer positioniert werden. Die Ideen und Empfehlungen an die Evangelische Kirche in der Großstadt hatte die Agentur „Pe.eR“ entwickelt.

„Ein Thema einer Religionsgemeinschaft in eine Imagekampagne zu verwandeln, das ist für die Studierenden ‚out of the box thinking‘ – herausfordernd und interessant“, unterstrich die Praxisprojekt-Leiterin sowie Strategie- und Kommunikationsberaterin Elisabeth Esberger. „Die Gruppe hat viel Hintergrundarbeit und Recherche in ihre Ausarbeitung gesteckt.“ Man habe gemerkt, wie sie sich auf das zu Beginn noch diffuse Bild der evangelischen Seelsorge eingelassen habe und dadurch viele interessante Aspekte entdeckte, die sie der Zielgruppe – jungen Menschen – kommunizieren könne. „Es war spannend zu sehen, wie die Studierenden einen Konnex zwischen Glauben beziehungsweise Seelsorge und einem jugendlichen Leben gesucht und gefunden haben“, so Esberger.

MARIA KUBIN ZUR ERSTEN ALTKATHOLISCHEN BISCHÖFIN GEWEIHT

Die altkatholische Priesterin Maria Kubin ist am 24. Juni in der evangelischen Gustav-

Adolf-Kirche in Wien zur neuen Bischöfin der Altkatholischen Kirche in Österreich geweiht worden. Die Weihe nahm der Utrechter Erzbischof Bernd Walleet vor. Konsekratoren waren die altkatholischen Bischöfe Matthias Ring (Deutschland) und Harald Rein (Schweiz).

Damit hat die Altkatholische Kirche in Österreich erstmals eine Frau an der Spitze. Kubin war am 22. April von der „Außerordentlichen Synode der Altkatholischen Kirche“ zur neuen Bischöfin gewählt worden. Die 58-jährige Psychotherapeutin folgt auf Heinz Lederleitner (65), der seit 2016 als Bischof der Altkatholischen Kirche in Österreich amtiert.

Bischof Michael Chalupka begrüßte die Festgemeinde zu Beginn des Gottesdienstes als Gastgeber in der größten evangelischen Kirche Österreichs, in der die altkatholische Weihe aus Platzgründen stattfand.

Hervorgegangen ist die Altkatholische Kirche aus der innerkatholischen Opposition gegen die Dogmatisierung der Unfehlbarkeit und der Allgewalt (Jurisdiktionsprimat) des Papstes auf dem Ersten Vatikanischen Konzil (1869/70). Die Altkatholiken wollten sich von diesem Dogma absetzen, das sie als Bruch mit alten Glaubensüberlieferungen sahen. Zusammengeschlossen sind die altkatholischen Kirchen in der 1889 gegründeten Utrechter Union. Diesem Bündnis gehören gegenwärtig sieben Kirchen aus West- und Mitteleuropa mit rund 65.000 Mitgliedern an. In Österreich gibt es aktuell rund 8600 Kirchenmitglieder in zwölf altkatholischen

Kirchengemeinden. Seit rund 20 Jahren ist die Weihe von Frauen zu altkatholischen Priesterinnen möglich.

**WIEN: 80 EVANGELISCHE
KIRCHENLEITENDE EUROPAS
TRAFEN SICH ZUM AUSTAUSCH**
*Deutsche Evangelisch-Lutherische
Kirche in der Ukraine wird Mitglied
der GEKE*

Unter dem Titel „Die Mission der evangelischen Kirchen im Europa von heute“ fand vom 4. bis 5. Juli in Wien ein Jubiläumstreffen von 80 Kirchenleitenden lutherischer, reformierter, unierter und methodistischer Kirchen statt. Zu dem Treffen geladen hat die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) anlässlich des 50-jährigen Jubiläums ihres Gründungsdokuments, der Leuenberger Konkordie, zu deren Umsetzung und Fortschreibung die GEKE institutionell beauftragt ist.

Nach der Begrüßung der Gäste durch Oberkirchenrätin Ingrid Bachler vom Rat der GEKE sowie das Team der Kirchengemeinde predigte Bischof Michael Chalupka bei einem gemeinsamen Abendmahlsgottesdienst in der Trinitatiskirche Hütteldorf. Rita Famos, Präsidentin der Evangelisch-reformierten Kirchen der Schweiz, leitete den von Landeskantor Matthias Krampe musikalisch begleiteten Gottesdienst. Im Anschluss gab es im Schloss Miller-Aichholz einen Festempfang.

Tags darauf wurde die Leuenberger Konkordie durch Bischof Pavlo Svarts für die

Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Ukraine feierlich unterzeichnet. In der Folge wird die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Ukraine Mitgliedschaft in der GEKE erlangen.

Danach forderten junge Theologen und Theologinnen der Arbeitsgruppe „Young Theologians in Communion“ in Beiträgen die Kirchenleitenden zu unterschiedlichen aktuellen Themen heraus. Schließlich tauschten sich in Gesprächsgruppen die Kirchenleitenden aus und gaben dem Rat der GEKE Impulse für die Vollversammlung 2024 im rumänischen Sibiu/Hermannstadt.

Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten finden in diesem Jahr zahlreiche weitere Begegnungen statt, bei denen sich Vertreter:innen der 95 Mitgliedskirchen der GEKE austauschen und kollegial beraten. Ende September wird auf Einladung der Evangelischen Landeskirche in Baden (Deutschland) eine Begegnung der Synodenleitungen stattfinden.

KÖRTNER ZEIGT GRENZEN KÜNSTLICHER INTELLIGENZ AUF

In einem Gastkommentar unter dem Titel „Verkörpernte Vernunft“ in der „Wiener Zeitung“ (Wochenend-Ausgabe vom 10./11. Juni) befasste sich Ulrich Körtner mit menschlicher Intelligenz in Zeiten zunehmender Künstlicher Intelligenz (KI). Der Ordinarius für Systematische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien zeigt dabei die Grenzen

von KI auf und verweist auf die einzigartigen Stärken menschlicher Vernunft. Diese sei mehr als nur Denken, vielmehr schließe sie auch den Körper mit ein. „Unsere Vernunft oder Intelligenz ist von unserem Körper gar nicht ablösbar“, zeigt sich Körtner überzeugt. „Bewusstsein und Denken sind auch keine auf dem Gehirn als Hardware hochgeladene Software.“

Körtner weist darauf hin, dass nicht unser Gehirn denke, „sondern wir denken mithilfe unseres Gehirns, das nicht vom übrigen Körper isoliert existiert, sondern mit diesem eine komplexe organische Einheit bildet“. Darüberhinaus gebe es auch nicht nur das Gedächtnis im Gehirn, sondern ein Körpergedächtnis. Dieses äußere sich zum Beispiel in erlernten Körperbewegungen – etwa beim Radfahren, Tanzen oder Klavierspielen – und sei auch noch bei Menschen, die an Demenz leiden, weitgehend intakt.

Während Maschinen Algorithmen folgten, sei das Gehirn „vielmehr plastisch und verändert seine Struktur im Verlauf des Lebens und in Folge von Denkprozessen“, weiß Körtner. Kurzum: „Programme von Künstlicher Intelligenz sind keine denkenden Personen, und Personen sind keine Programme der Informationsverarbeitung. Computer stellen und beantworten keine Sinnfragen – sie verstehen sie gar nicht.“ Insofern liege schon dem Begriff „Künstliche Intelligenz“ ein Missverständnis dessen, was Intelligenz ihrem Wesen nach ist, zugrunde.